

Debattenbeitrag fds Baden-Württemberg zum „Besonderem Treffen“ des Forum Demokratischer Sozialismus am 24.06.2018.

Autoren: Marco Radojevic, Daniel Schröder, Michael Schiefelbein

In diesem Debattenbeitrag wird im ersten Teil primär auf die machtstrategische Situation im (erweiterten) Reformlerlager und im fds eingegangen. Es wird herausgearbeitet werden, warum die aktuelle Spaltung im Reformlerlager höchst problematisch oder gar existenzgefährdend ist. Die inhaltliche Dimension von Politik wird hier bewusst ausgeklammert, da die Spaltungslinien im Reformlerlager nicht primär inhaltlicher, sondern strategischer und machttaktischer Natur sind. Mir sei daher der teilweise machiavellistische Ton des ersten Teils dieses Beitrags verziehen. Im zweiten und dritten Teil wird skizzenhaft auf zwei kleinere Verbesserungsvorschläge für die politische Arbeit des fds eingegangen.

Von Reformlerlager, Allianzen und politischer Macht

Die Situation des fds könnte kaum paradoxer sein: Obwohl wir in den letzten Jahren massiv wachsen konnten und mittlerweile die größte Strömung und zweitgrößte BAG sind, ist es uns kaum gelungen, personelle und inhaltliche Fortschritte in der Partei zu erringen, die in unserem Sinne sind. Diese Situation ergibt nur Sinn, wenn man die Binnenstruktur im Reformlerlager betrachtet: Einen großen Teil der Neumitglieder haben wir hauptsächlich in Westdeutschland gewonnen, wo es nach wie vor äußerst schwierig ist, als Reformler oder Reformlerin offen zu agieren und gleichzeitig inhaltliche und personelle Wünsche durchzusetzen. Kurz gesagt: Wir sind zwar im Westen nicht mehr so vereinsamt wie noch vor einigen Jahren, besitzen aber gleichzeitig nicht die politische Macht um z.B. reformorientierte Delegierte für den BPT durchzusetzen.

Die Situation in Ostdeutschland dagegen ist von der Spaltung des Reformlerlagers geprägt, was es einerseits Kräften möglich macht in wichtige Posten und Positionen zu gelangen, (dies auch teilweise mit Unterstützung aus dem Reformlerlager) die vor einigen Jahren selbst noch in den ostdeutschen Landesverbänden marginalisiert waren und andererseits das fds an sich schwächt, da ehemalige "natürliche Verbündete" sich mittlerweile in anderen innerparteilichen Allianzen befinden.

Diese Situation führt letztlich dazu, dass das Reformlerlager - wenn auch nach wie vor dominant - in Ostdeutschland insgesamt gegenüber früher geschwächt ist und dies nicht durch eine Stärkung des Reformlerlagers im Westen aufgefangen werden konnte. Dieser Trend wird insbesondere noch durch den Wandel in unserer Mitglied- und Wählerschaft verstärkt, welches das Zentrum der politischen Macht nach und nach näher an den Rhein verschiebt.

Dies sollte sowohl den Reformlerinnen und Reformen zu denken geben, die im fds organisiert sind, aber auch denjenigen, die dies - aus verschiedenen Gründen - nicht sind. Denn es bleibt zu konstatieren, dass eine Schwächung des fds dem erweiterten Reformlerlager nichts nützt, genauso wenig wie eine Schwächung des erweiterten Reformlerlagers dem fds nützt. Denn auch wenn teilweise persönliche Animositäten vorhanden sind und unterschiedliche Einschätzung bzgl. des Zustandes der Partei oder der nötigen Strategie existieren, so bleiben das fds und das erweiterte Reformlerlager inhaltlich natürliche Verbündete. Kurzfristiger Erfolg in Strategie und / oder Personalfragen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Erfolg

langfristig dem gesamten Reformlerlager schadet, wenn er auf Kosten anderer Reformerrinnen und Reformerr errungen wird.

Jede Person, welche sich eine LINKE wünscht, die auch für die kleinen Verbesserungen im hier und jetzt kämpft und nicht nur am großen Rad der Weltgeschichte drehen will, sollten die Wahlergebnisse für den Parteivorstand beunruhigen, da diese Personen, die diesen Politikansatz teilen, ganz eindeutig in der Minderheit sind. Die Spaltung des Reformlerlagers nützt leider allen, außer dem Reformlerlager.

Die Frage der innerparteilichen Allianzen ist hier auch entscheidend für den Austritt einiger Reformerrinnen und Reformerr aus dem fds. Nach eigener Aussage dieser Personen hätte das fds zu wenig Kritik an Sahra Wagenknecht geübt, da diese zusammen mit dem fds-Mitglied Dietmar Bartsch die Fraktion führt.

Oder wie es die entsprechenden Genossinnen und Genossen selbst formulierten:

“Unterstützen wir als Linksreformer/-innen innerhalb der Partei DIE LINKE aus Freundschaft und Loyalität eine politische (Macht-)Konstellation, die inhaltlich das Gegenteil unseres Gründungskonsenses propagiert und realpolitisch durchzusetzen versucht?”

Sicherlich ist es wahr, dass Sahra Wagenknecht in vielen Punkten das Gegenteil des fds vertritt und dass es zumindest ein Teil der Aufgabe des fds ist, hier inhaltlich gegen zu halten. Nun können wir aus Baden-Württemberg nicht bewerten, inwieweit das fds auf Bundesebene tatsächlich Sahra Wagenknecht unterstützt. Unserem Eindruck nach finden sich im fds als Strömung wenig Sympathien für die Positionen von Sahra Wagenknecht und auch wenig Bereitschaft, Sie zu unterstützen. Doch sollte dies tatsächlich der Fall sein, lohnt es sich, diesen Punkt auch aufzugreifen und zu debattieren.

Die Grundfrage die hier zu stellen ist: Warum lassen wir uns als Strömung oder erweitertes Reformlerlager auf diese Bekenntnispolitik der “offenen” und “geschlossenen” Grenzen ein, wo es doch unsere Aufgabe ist zu debattieren, wie wir mit globalen Migrationsströmen umgehen, wenn gleichzeitig politische Macht nach wie vor hauptsächlich auf Ebene des Nationalstaates liegt. Es ist doch eine Schande für unsere Partei, dass wir uns seit nunmehr fast 2 Jahren an der Frage der Migrationspolitik zerreiben, aber gleichzeitig nicht einmal eine halbe Hand voll konkreter Konzepte vorliegen, wie eine linke Migrationspolitik aussehen könnte. Gleichzeitig verschwendet die Partei unglaublich viel Energie darauf, die Position der jeweils anderen als “unrealistisch”, “neoliberal”, “nationalistisch” oder “rassistisch” zu brandmarken. Wir haben u.a. mit dem Einwanderungskonzept, das von den Ostdeutschen Landesverbänden vorgelegt wurde, eine gute Diskussionsgrundlage. Doch statt dieses in Antragsform zu bringen und im Zweifelsfall auf dem Parteitag debattieren, abändern und abstimmen zu lassen, halten wir uns mit Bekenntnissen auf. Sahra hat Recht, wenn sie konstatiert, dass die “Debatte” mittlerweile kein rationaler Austausch von Argumenten mehr ist und da drängt sich dann eben doch der Eindruck auf, dass hier Machtfragen ideologisch maskiert werden, wie es Dietmar Bartsch ausgedrückt hat.

Es besteht im Reformlerlager doch kein Zweifel darüber, dass eine linke Migrationspolitik a) Menschen in Not Schutz gewähren muss, b) Arbeitsmigration ermöglichen muss und c) sowohl Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund, wie auch Arbeitnehmer die hier geboren sind, durch ein hohes soziales Sicherungsniveau und entsprechende Regulierung des Arbeitsmarkts vor ruinöser Konkurrenz geschützt werden müssen. Warum also hier nicht mit

einem konkreten Konzept an die Basis und in die Debatte gehen, statt diese Konzepte nur in den Vorständen zu diskutieren oder in der Schublade verschwinden zu lassen?

Die einzig richtige Antwort auf die Frage, die man vor dem Parteitag so oft hörte - "Bist du für Katja oder Sahra?", muss doch für uns sein: Ich weiß es nicht, da ich nicht weiß, was sie konkret meinen, wenn sie von "offenen Grenzen" oder von "Schutz vor Lohndumping" reden. Dass Sahra Wagenknecht in dieser Frage weitestgehend vage bleibt, ist ein Kritikpunkt der schon seit Monaten diskutiert wird, aber gleichzeitig schafft es Katja Kipping auch nicht, eine Debatte um ein Einwanderungsgesetz in der Partei zu organisieren, welches sie laut eigener Aussage unterstützt. Gerade hier ist doch das gesamte Reformlager gefragt, einen inhaltlichen Vorstoß in die Richtung zu machen und die Diskussion auf die Sachebene zurück zu führen.

Wer Wagenknechts Position (was die nun auch immer konkret ist) nicht teilt, hat nicht die Aufgabe, sich in Schnappatmung in den sozialen Medien darüber zu echauffieren und dann einen unkonkreten Wischi-Waschi Leitantrag zu unterstützen oder vorzulegen, sondern der muss konkrete eigene Konzepte in die Partei tragen und vor allem auf Parteitagen vorlegen.

Dennoch gibt es sicherlich gute Gründe, Sahra Wagenknecht an der Spitze der Fraktion abzulehnen. Gleichzeitig muss dann aber auch die Debatte aufgemacht werden, welche anderen höchst befremdliche Allianzen es in dieser Partei gibt. Als Baden-Württemberger haben wir tagtäglich mit den Verbündeten der Parteivorsitzenden in unserem Landesverband zu tun und um es milde auszudrücken: Progressive, reformistische und linksliberale GenossInnen sind dort Mangelware. Als wir vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg eben genau die migrationspolitische Position von unserer Landespartei eingefordert haben, welche unsere Parteivorsitzenden jetzt vertreten, war es Bernd Riexinger höchstpersönlich, der dies mit der Begründung ablehnte, dass man "die Stimmung auf dem Parteitag nicht mit der Stimmung da draußen verwechseln sollte". The times they are a-changin...

Es bleibt im Moment also dabei, dass man sich in unserer angespannten innerparteilichen Lage entweder gegen die Parteivorsitzenden und deren Verbündete aus trotzkistischen Sekten ausspricht und damit mit dem Vorwurf konfrontiert ist, Sahra Wagenknecht zu unterstützen oder man die Parteivorsitzenden gegen Sahra Wagenknecht stützt und damit auf einmal zum Verbündeten von Marx21 und Konsorten wird. Dass diese Situation für das gesamte Reformlager eine völlig untragbare sein sollte, dürfte klar sein. Es ist für uns kein nachhaltiger, gangbarer Weg, mit dem Finger aufeinander zu zeigen und empört darauf hinzuweisen, wer denn nun mit wem im Bett liegt. Die seltsamen Allianzen in unserer Partei sind nicht Ursache der Spaltung des Reformlagers, sondern die Spaltung des Reformlagers ist Ursache der seltsamen Allianzen. Solange sich diese Erkenntnis nicht in unseren Köpfen festsetzt, werden weiter diejenigen Kräfte in unserer Partei den Ton angeben, welche in ihr wahlweise eine Ersatzgewerkschaft oder eine Ersatzbewegung sehen, aber sicherlich nicht eine potentielle Regierungspartei, welche das Leben der Menschen hier und heute verbessert.

Diese Problematik wird noch relevanter, wenn man das Lager der selbsternannten "linken LINKEN" betrachtet. Sicherlich geht durch dieses Lager ebenfalls eine Spaltung, allerdings gibt es hier zwei Dinge festzuhalten: 1. Obwohl das Lager der linken Linken auf Funktionärssebene gespalten ist, scheint dies bei den Parteitagsdelegierten kaum der Fall zu

sein, die im Zweifelsfall einen "linken Linken" Kandidaten oder Kandidatin einem "verbündeten" Reformier oder Reformierin vorziehen, auch wenn der "linke" Kandidat eben nicht Teil des "eigenen" Bündnissystems ist. 2. Die Verlagerung der politischen Macht innerhalb der Partei zu den West-Landesverbänden, stärkt das "linke LINKE" Lager insgesamt. Dies bedeutet, dass mittelfristig keine Reformierbündnispartner mehr gebraucht werden, um in der Partei politisch dominant zu sein, was wahrscheinlich auch die Spaltung im "linken LINKE" Lager überwinden wird. Diese Spaltung im "linken" Lager läuft entlang der Unterstützung bzw. Ablehnung von Sahra Wagenknecht, was schlichtweg bedeutet, dass, sollte Sahra Wagenknecht politisch entmachtet werden, es kaum noch Gründe dafür gibt, warum die Spaltung im "linken" Lager aufrechterhalten werden sollte. Überspitzt ausgedrückt ist Sahra Wagenknecht momentan ein Glücksfall für das gesamte Reformierlager, da sie - zumindest auf Funktionärebene - einen einheitlichen Auftritt des linken Lagers verhindert. Denn man sollte nicht vergessen, dass das Reformierlager bereits vor dem Aufstieg von Wagenknecht zur Fraktionsvorsitzenden gespalten war, während dies beim "linken" Flügel explizit nicht der Fall war. Sollte also das Reformierlager weiter gespalten bleiben und der "linke" Flügel wieder zueinander finden oder realisieren, dass entsprechende Bündnispartner im Reformierflügel politisch mittelfristig nicht gebraucht werden, dann ergibt sich für das gesamte Reformierlager eine existenzbedrohende Situation:

Wenn wir die Spaltung im Reformierlager nicht mittelfristig überwinden, dann wird es in absehbarer Zeit kein Reformierlager mehr geben.

In den nächsten Jahren sollte es daher eine der Hauptaufgaben des fds und des erweiterten Reformierlagers sein, wieder eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu finden und die Gräben zuzuschütten, die hier in der Vergangenheit entstanden sind.

Temporäre thematische Konzentration

In den letzten Jahren haben wir hauptsächlich versucht, die Partei wieder zum debattieren zu bewegen und auf der Ebene von Parteitag dies auch entsprechend einzufordern. Spätestens mit der Nichtbehandlung von A2 am Bundesparteitag sollten wir uns kritisch mit dieser Strategie auseinandersetzen und uns alternativen Überlegen. Hierbei könnte insbesondere eine jährliche (oder auch längerfristige) Fokussierung auf verbindende Themen des Reformierlagers eine gangbare Strategie sein. Der Großteil der Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen auf Bundes- wie auch Landesebene des fds sollte dann darauf abzielen, dieses Thema auf die Agenda der Partei zu setzen. In den kommenden 12 Monaten bietet sich dafür insbesondere das Thema Republik Europa an, welches das fds durch Veranstaltungen, Schriftenreihen, Anträge etc. bearbeiten könnte. Bei diesem Thema dürfte es auch kein großes Problem sein, mit dem erweiterten Reformierlager zusammenzuarbeiten, da hier großer Konsens besteht. Dass dieses Thema mehrheitsfähig sein kann, zeigte der Antrag zur Entwicklung der Europäischen Linken auf dem Parteitag. Mittelfristig ist diese Debatte bei uns auch gewinnbar, da uns hier der Wandel in der Mitgliedschaft wohl in die Karten spielt.

Die Strategie Meta-Debatten, also Debatten darüber zu führen, wie wir als Partei Debatten führen, ist bisher wenig gefruchtet, weil a) Unsere Mitgliedschaft - aus guten Gründen - sehr harmoniebedürftig ist und b) unser bisheriger Ansatz weitestgehend abstrakt ist, was eine

Emotionalisierung - welche bei uns leider Garant für Parteitagserfolg ist - deutlich erschwert. Auf der ersten fds Mitgliederversammlung, auf der auch das fds BaWü teilnahm, fiel der Satz: "Wir sehen uns oft als der Kopf der Partei, aber der Bauch gewinnt Parteitage". Auch wenn wir in diesem Bereich gute Fortschritte in den letzten Jahren erzielt haben, gilt es nach wie vor zu konstatieren, dass es uns Reformerrinnen und Reformern kaum gelingt, die üblichen Parteitagsdynamiken für unsere Inhalte und Personalvorschläge zu nutzen, die andere innerparteiliche Kräfte mit Bravour einsetzen. Dies bedeutet für uns, dass wir uns einerseits darüber verständigen müssen, wie wir uns solch "warme Ströme" besser zu Nutzen machen. Andererseits darf dies aber keine Absage an diese Art der Meta-Debatten darstellen, da wir, ob unserer inhaltlichen Ausrichtung, hinsichtlich "kalter und warmer Ströme" auf Parteitagen immer im Nachteil gegenüber jenen sind, die kein Problem darin sehen, mit wohlfeilen Plattitüden Stimmungen zu erzeugen und sie zu ihrem Vorteil zu nutzen. Gleichzeitig darf konstatiert werden, dass wir es als fds, trotz aller Niederlagen, durchaus geschafft haben, die Debattenkultur auf Parteitagen zu verändern. Insbesondere Parteitags-Beobachter*innen anderer Partei-Couleur waren beeindruckt (oder verschreckt) von der Art und Weise, wie bei uns gestritten und debattiert werden konnte. Freilich bleiben wir dabei nach wie vor weit hinter unseren eigenen Ansprüchen zurück, ebenso wie nach wie vor die Debatten durch leere Worthülsen und die immer selben Sprüche dominiert werden. Der Eindruck einiger Beobachter*innen aber war, dass, kaum merklich zwar, langsam Bewegung in die Art und Weise wie wir Debatten führen kommt, und wir frei nach dem Motto "stetes Wasser höhlt den Stein" weiterhin darauf hinarbeiten sollten, die Debattenkultur innerhalb der Partei unseren eigenen Ansprüchen gerecht werdend zu gestalten, auch wenn sich mittelfristig keine Parteitage damit gewinnen lassen werden - denn so wie Debatten momentan geführt werden, stehen unsere Chancen ohnehin schlecht.

Verbesserung der Kommunikation in die Landesebene

Es gibt in jeder politischen Partei ein Informationsgefälle zwischen Personen die hauptamtliche Politik betreiben und denjenigen die dies ehrenamtlich tun, zwischen Personen die in Vorständen auf verschiedenen Ebenen aktiv sind und denen, die einfache Mitglieder sind. Dies ist wohl unumgänglich und muss auch nicht zwangsläufig negativ sein. Allerdings hat dies in der äußerst komplexen innerparteilichen Situation in der Partei DIE LINKE derzeit gravierende negative Seiten. Es ist selbstverständlich, dass Vorstände oder führende Politiker in unserer Partei nicht jedes Mal alle Mitglieder befragen, wenn wichtige Entscheidungen anstehen und sicherlich ist es wichtig einen engen Zirkel an Vertrauten zu haben, mit denen Entscheidungen abgesprochen werden können, ohne die Befürchtung haben zu müssen, dass davon etwas an die Öffentlichkeit gelangt. Gleichzeitig ist aber absolut zentral, Entscheidungen für Personen, welche nicht die nötigen Hintergrundinformationen besitzen, im Nachhinein zu erklären, um hier keine gegenseitige Entfremdung zu erzeugen.

Die geographische Konzentration der bundesdeutschen Politik auf die Hauptstadt Berlin, hat zwar den Vorteil der kurzen Wege, allerdings sind die Wege in die "Provinz" dafür umso länger. Aus logistischen Gründen ist nicht möglich, dass sich die Reformerrinnen und Reformen mehr als 1-2 mal im Jahr treffen, um solche Entscheidungen zu debattieren, daher ist es umso wichtiger, dass andere Kommunikationskanäle genutzt werden. Die fds Vorstände auf Landesebene haben oftmals die Aufgabe Entwicklungen auf Bundesebene zu erklären und / oder sich gegenüber der eigenen Basis dafür zu rechtfertigen, ohne die nötigen Hintergrundinformationen zu besitzen.

Wir sollten uns hier überlegen, wie wir die Kommunikation in die Landesebenen verbessern. Denn es muss uns auch klar sein, dass das was in Berlin passiert oft aktiv gegen uns auf Landesebene eingesetzt wird und daher ist es umso wichtiger dort mit den nötigen Informationen gewappnet zu sein. Gleichzeitig sollten wir uns auch vor Augen halten, dass eine stärkere Präsenz des fds außerhalb seiner Hochburgen zu einer niedrigschwelligen Erreichbarkeit für die in den Landesverbänden Aktiven ReformierInnen sowie für potentiell Interessierte bewirken dürfte.